

Gegen Krise, Krieg & Kapitalismus!

Deutschland im Jahr 2012. Die Krise scheint überwunden, das Kapital macht wieder Gewinne und die Situation am Arbeitsmarkt entspannt sich. So oder so ähnlich versucht die Regierung die derzeitige Lage in Deutschland zu beschreiben. Doch dies ist nur die halbe Wahrheit.

Die ökonomische Erholung der deutschen Wirtschaft ist kein Erfolg kluger Krisenpolitik, sondern die Folge der jahrzehntelangen Reallohnverluste und sozialen Kürzungen, die den deutschen Standort zumindest relativ günstiger machen als vergleichbare Produktionsorte. Durch diesen Kostenvorteil gegenüber anderen Staaten kann Deutschland exzessiv exportieren, was sich bspw. in Handelsüberschüssen gegenüber Griechenland und anderen Ländern widerspiegelt. Diese Handelsüberschüsse Deutschlands tauchen in Griechenland als Schulden in den Bilanzen auf. Deutschland konkurriert seine europäischen Nachbarn also nieder, indem es der eigenen Bevölkerung Löhne und Sozialleistungen streicht und damit seine Exporte stützt. Hier beißt sich die Katze in den Schwanz: Das Sparen des Einen ist der Nachfrageverlust des Anderen und so reißt die kapitalistische Konkurrenz ganze Staaten in eine Abwärtsspirale, deren Ziel es immer nur sein kann, den anderen in den Abgrund zu stoßen, um selber gerade so nochmal davon zu kommen.

Neue Formen des Gemeinsamen statt Sozialpartnerschaft

Das demokratisch gewählte Staatspersonal suggeriert ständig, sich um das Wohl der Staatsbevölkerung zu sorgen und mit Reformen deren Vorankommen zu ermöglichen. Doch das Ziel dieser Reformen sind keine Wohltaten für die Bevölkerung, sondern die Anpassungen an die Erfordernisse des Weltmarkts. Auch wenn in den politischen Fraktionen unterschiedliche Ansichten darüber bestehen, welche Erfordernisse besonders drängend sind und welche Maßnahmen dafür geeignet erscheinen - alle verpflichten sich darauf dem kapitalistischen Hauen und Stechen die Bedürfnisse der Bevölkerung zu opfern. Deswegen war es kein Ausrutscher, dass SPD und Grüne die härtesten sozialen Entscheidungen beschlossen haben die kapitalistischen Sachzwänge haben es eben notwendig gemacht.

All die sozialen Grausamkeiten der letzten Jahre waren nämlich gut. Gut für das deutsche Kapital, denn das wurde auf dem Weltmarkt immer konkurrenzfähiger auf Kosten der Armen und Lohnabhängigen. So ist das sogenannte Job-Wunder, das derzeit in Deutschland frenetisch gefeiert wird, maßgeblich ein Boom der Zeit und der Niedriglohnarbeit. Daraus resultiert u.a., dass im Jahr 2012 550.000 Menschen trotz Vollzeitbeschäftigung Hartz IV beantragen müssen, damit sie ihre Existenz sichern können. In Zeiten eines angeblichen Fachkräftemangels werden selbst Ingenieure oft nur über Zeitarbeitsfirmen zu schlechten Konditionen eingestellt und das ganze dann zynisch als „Flexibilität am Arbeitsmarkt“ verkauft. Auch der neue Tarifabschluss im öffentlichen Dienst hat gerade für die unteren Einkommensgruppen kaum etwas verbessert der geforderte Sockelbetrag von 200€ wurde nicht durchgesetzt. Für die unteren Einkommensgruppen sind 6,3% mehr Lohn kaum spürbar, erst ab einem Monatseinkommen von 3175€ kommt man bei diesem Verhandlungsergebnis auf die ursprünglich geforderte Mindesthöhung von 200€. Trotz großer Streikbereitschaft wurde der Tarifabschluss am grünen Tisch verhandelt, anstatt durch Streiks ein besseres Ergebnis zu erkämpfen. Die Gewerkschaft zeigt sich unfähig selbst in angeblichen Boomzeiten nennenswerte Reallohnsteigerungen durchzusetzen, während die Unternehmensgewinne und die Steuereinnahmen des Staates neue Höchststände vermelden. Wenn heute die Gewerkschaften gegen die Rente mit 67 und Hartz IV und für einen Mindestlohn auf die Straße gehen, dann ist dies grundsätzlich zu unterstützen. Die Deutschen Wirtschafts Verbände werden ihren Standortvorteil aber nicht freiwillig aufgeben und solange die Gewerkschaften ebenfalls die Interessen Deutschlands, also des deutschen Kapitals vertreten, werden sie nichts Wesentliches verändern können. Denn auch wenn es vielleicht gelingt einzelne Reformen zu verändern oder zu kippen, verbleiben die politischen Möglichkeiten im Rahmen der kapitalistischen Sachzwänge und damit gegen die Interessen der Bevölkerung gerichtet. Wer tatsächlich ein größeres Stück vom Kuchen will, muss Verhältnisse wie in Frankreich, Griechenland oder Spanien auf den Straßen herstellen, also den sozialen Frieden aufkündigen.

Dabei gilt es Staat und Standortdenken als Teil des Problems und nicht als dessen Lösung zu begreifen. Wenn wir uns von dem austauschbaren Personal in Staat und Gewerkschaften lösen und den Kampf für unsere Interessen in die eigenen Hände nehmen, können wir Formen des Gemeinsamen jenseits von Staat, Nation und Kapital entwickeln.

Lohnarbeit – wollen wir nicht!

Grundlage kapitalistischer Vergesellschaftung ist die Form, in der Arbeit organisiert wird. Sie wird als Lohnarbeit vom Kapital gekauft, mit dem Zweck durch den Kauf der Arbeit aus Kapital mehr Kapital zu machen. Bedürfnisbefriedigung oder gute Arbeitsbedingungen sind dem Kapital dabei egal, sie sind höchstens zufällige Beiprodukte oder erkämpfte Zugeständnisse. Um diese Arbeitsplätze, die das Kapital einkauft, müssen nun alle Menschen beim Untergang ihrer Existenz konkurrieren. D.h. die Arbeiter_innen müssen ihre Arbeitskraft verkaufen, um ihren Lebensunterhalt und in den Metropolenländern vielleicht auch bescheidende Annehmlichkeiten zu erhalten. Wer nicht zum Zuge kommt, vom Kapital also nicht ausgebeutet werden kann, endet in der Kategorie der Überflüssigen. Diese werden in Deutschland auf einem erbärmlichen Niveau und mit staatlichen Repressalien durchgefüttert, in anderen Weltregionen bedeutet dies den Hungertod. Wir wollen also nicht Lohnarbeit, keine Ausbeutung durch das Kapital für alle, sondern Arbeit und Produktion, die sich nach den Bedürfnissen der Menschen richten!

Her mit dem schönen Leben!

Der Kapitalismus hat die Mittel bereitgestellt, um allen Menschen weltweit ein schönes Leben zu ermöglichen. Doch im Kapitalismus wird menschliche Arbeit so organisiert, dass sie zum Schaden der Menschen ist. Deswegen treten wir für ein Ende dieser Diktatur des Profits über die menschlichen Bedürfnisse ein und fordern die vernünftige Organisation der Produktion zur menschlichen Bedürfnisbefriedigung!

Gegen die menschenverachtende wie krisenhafte Dynamik des Kapitalismus setzen wir daher die Vision einer kommunistischen Gesellschaft, in der nicht staatliche Zwecke oder die Zwänge des Marktes, sondern die menschlichen Bedürfnisse der Maßstab der Produktion sind. Weil die gesellschaftlichen Verhältnisse von Menschen gemacht sind, können sie auch von den Menschen verändert werden. Deshalb gilt es „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Karl Marx).

Für die herrschaftsfreie Gesellschaft und die gemeinschaftliche Produktion! Für den Kommunismus!*

*Unter Kommunismus verstehen wir die Bewegung hin zur staaten- und klassenlosen Weltgesellschaft, die diese Ziele bereits in sich, soweit möglich, antizipiert.

Gruppe zur Kritik der Verhältnisse 05/2012
- Theorie & Praxis für den Kommunismus



gruppekritik.wordpress.com